

bensstandards der Genossenschaftsbauern wie der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen, zum Ausbau der demokratischen Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht, zur Stärkung der Macht der Arbeiter und Bauern. Das entspricht den Interessen aller Werktätigen einschließlich der Genossenschaftsbauern.

Die wissenschaftlich-technische Revolution wird in der Landwirtschaft der kapitalistischen Länder auf eine völlig andere Weise vollzogen und durch ganz andere gesellschaftliche Auswirkungen gekennzeichnet. Hier zeigt sich besonders ausgeprägt die Unfähigkeit des Kapitalismus, mit den gesellschaftlichen Problemen der wissenschaftlich-technischen Revolution fertig zu werden. Überzeugender Beweis hierfür ist die gegenwärtige Lage der westdeutschen Landwirtschaft und der westdeutschen Bauern unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems. Die gegenwärtige landwirtschaftliche Betriebsstruktur Westdeutschlands mit ihrem stark klein- und mittelbäuerlichen Gepräge entspricht ganz und gar nicht den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution. Auch hier steht die Notwendigkeit auf der Tagesordnung, moderne landwirtschaftliche Großbetriebe herauszubilden. Die Frage ist nur, welchen Charakter diese Betriebe haben sollen und in welcher Weise sie mit der Nahrungsgüterwirtschaft zusammenarbeiten, kooperieren sollen. Der traditionelle Weg der kapitalistischen Umgestaltung der Landwirtschaft über die Liquidierung der Masse der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe erwies sich in den letzten 20 Jahren als sehr langwierig, obwohl seit 1949 mehr als 500 000 landwirtschaftliche Betriebe verschwunden sind und neuerdings auch die Zahl der Betriebe zwischen 10 und 20 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche zurückgeht. Zugleich steht der westdeutsche Staat der Monopole vor dem Dilemma, daß eine beschleunigte massenhafte Vertreibung der Klein- und Mittelbauern die Beispielwirkung und Anziehungskraft der sozialistischen Landwirtschaft in der DDR rasch erhöhen und für den Bestand des staatsmonopolistischen Herrschaftssystems in Westdeutschland zusätzliche Gefahren herauf beschwören würde.

Der Widerspruch zwischen den Erfordernissen einer modernen landwirtschaftlichen Großproduktion, die eng mit der Nahrungsgüterwirtschaft kooperiert, und den engen einzelbäuerlichen Produktionsverhältnissen drängt zu einer Entscheidung. Eine demokratische Lösung im Interesse der Bauern wie aller anderen Werktätigen Westdeutschlands, die dem gesellschaftlichen Fortschritt dient, wäre der planmäßige Übergang zu Formen der genossenschaftlichen und gesellschaftlichen Großproduktion. Dieser Übergang wurde in der DDR vollzogen. Hier sind die Bauern bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft Bauer geblieben, hier wurde das bäuerliche Eigentum erhalten und auf die qualitativ neue Stufe des genossenschaftlich-sozialistischen Eigentums gehoben, und zwar unter gleichzeitiger Beibehaltung des Privateigentums am Boden.

Die vielfältigen spontanen Versuche westdeutscher Bauern, als Ausweg aus ihrer schwierigen wirtschaftlichen Situation und zur Abwehr des Drucks der Monopole Formen einer demokratischen Gemeinschaftsarbeit zu entwickeln,¹ zeugen davon, daß die Bauern selbst zu erkennen beginnen, daß sie auf traditionelle Art nicht weiter wirtschaften können, ohne dem Ruin entgegenzugehen. Die Herausbildung wirtschaftsstarker demokratischer bäuerlicher Gemeinschaften könnte zu einem wichtigen Faktor für demokratische Ver-

1 Vgl. E. Krauß, „Formen der Gemeinschaftsarbeit westdeutscher Bauern als demokratische Alternative gegenüber der Bonner Agrarpolitik“, Staat und Recht, 1966, S. 1494 ff., wo auch ein geraffter Überblick über die gegenwärtige Situation der westdeutschen Landwirtschaft vermittelt wird.